



... 1975

... 375

... 975

... 1450

... 1975

... 275

... 450

... 495

... 650

... 195

... 590

... 875

... 1350

... 790

... 195

... 295

... 350

... 75

... 95

... 50

... 75

... 125

**Ercheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Feiertage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigentel:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

**Gerichtsstand**  
für beide Teile ist Calw

# Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

**Sprechstunde Nr. 9**

**Verantwortl. Schriftleitung:**  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 82

Samstag, den 9. April 1932

Jahrgang 105

## Die Biermächtekonferenz ohne Ergebnis Die Hilfe für die Donauländer auf unbestimmte Zeit vertagt

— London, 9. April. Die Biermächtekonferenz ist gestern ohne Ergebnis abgeschlossen worden. Es wurde folgende amtliche Verlautbarung ausgegeben:

„Die auf der Konferenz vertretenen Regierungen sind sich darüber einig, daß die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Donaufstaaten ein sofortiges und einheitliches Vorgehen der Donaufstaaten und anderer Länder verlangt, wenn sie (die wirtschaftliche Lage) auf eine gesunde Grundlage gestellt werden soll, daß ein solches Vorgehen im Interesse der wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas ist und ein erster Schritt zu ihr sein mag.

Als Ergebnis der Erörterungen auf der Konferenz hat sich eine Reihe von wirtschaftlichen Punkten ergeben, die eine weitere Prüfung und Unternehmung nötig machen. Die bevorstehenden Sitzungen in Genf in der kommenden Woche würden auf jeden Fall eine unmittelbare Fortsetzung der gegenwärtigen Verhandlungen verhindern und unter diesen Umständen hat jede der vier Regierungen zugestimmt, an die drei anderen Regierungen sobald wie möglich eine wohl erwogene Erklärung ihrer Ansichten über die „reservierten Punkte“ und über die beste Art des weiteren Vorgehens zu senden.“

**Die Schlußfolgerungen der Mächte**

In britischen Regierungskreisen vertritt man die Ansicht, daß es falsch wäre, den Ausgang der Biermächtekonferenz als einen Fehlschlag zu bezeichnen. Die Konferenz habe sich davon überzeugt, daß die Lage der Donauländer, besonders Oesterreichs und Ungarns, nicht nur schlecht sei, sondern von Tag zu Tag schlechter werde. Man habe den beiden Staaten mit Anleihen und anderen Mitteln geholfen, aber diese Maßnahmen hätten nicht vermocht, die Staaten wieder auf eigene Füße zu stellen. Die Konferenz sei sich über folgende Punkte klar geworden:

1. Die unterstützungsbedürftigen Regierungen sollen von den unterstützenden Regierungen beraten und geleitet werden.

2. Die unterstützungsbedürftigen Regierungen sollen unter sich zu einer Übereinstimmung hinsichtlich irgend einer Art des Vorgehens gelangen, durch das die Hilfsmaßnahmen der unterstützenden Regierungen zu einem Erfolg geführt werden können.

Die englische Regierung begünstigt an sich einen Zollverein im Donauraum, aber sie erkenne, daß sich diesem Plan zurzeit unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellten. Infolgedessen wird der Vorschlag einer Donaeinheit auf Grund des gegenseitigen Präferenzsystems gemacht. Dieser lasse sich aber nur durchführen, wenn andere Staaten ihre Rechte auf die Meistbegünstigung aufgeben. Es ist vorgeschlagen worden, daß dieses zunächst noch einmal zeitweilig auf eine gewisse Zeitspanne, vielleicht für 1-2 Jahre, geschehen soll. 2 Staaten (Deutschland und Italien) konnten hierauf keine endgültige Antwort geben. Die englische Regierung ist der Ansicht, daß sich bereits bei den Zusammenkünften in Genf Gelegenheit bieten wird, die einschlägigen Donauffragen zwischen den Vertretern der vier Mächte zu besprechen.

In Kreisen der deutschen Abordnung ist man über den Ausgang der Donaufkonferenz nicht überrascht. Man bedauert es aber sehr, daß die Aussichten auf eine sofortige Hilfe für die Donaufstaaten zunächst geschwunden sind. Es

wird sodann betont, daß die Aussichten der Konferenz noch am Donnerstagabend durchaus günstig waren. Drei von den vier Großmächten hätten sich zur Abhaltung einer Neunmächtekonferenz geeinigt gehabt. Island hatte seine scharfe Opposition aufgegeben und nur gewisse Vorbehalte gemacht. Man hätte also erwarten können, daß die nächste Besprechung in Verbindung mit den Sitzungen des Völkerbundesrates stattfinden würde, daß im Mai die Verbindung mit dem Europaanschuß hergestellt würde und daß sich dann daran die Lausanner Konferenz anschließen werde. Diese Aussichten seien durch das Veto Sardien, der auf der Einberufung einer Konferenz der fünf Donaumächte in seiner telephonischen Unterredung mit Island bestand, zerstört worden. Die französische Behauptung, daß der Zusammenbruch der Konferenz auf den Widerstand Deutschlands und Italiens zurückzuführen sei, die ihre Meistbegünstigungsrechte nicht aufgeben wollten, sei damit widerlegt. Tatsächlich habe Island diesen Standpunkt im Laufe der Verhandlungen vertreten, woraufhin er darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß ein Aufgeben des Meistbegünstigungsrechtes nur dann gerechtfertigt sei, wenn die betreffenden Staaten wirkliche Garantien für das Gelingen eines Planes in den Händen hätten. Sonst wäre das Opfer ungerechtfertigt und zu groß. Es liege also eine gewisse Verfälschung der tatsächlichen Lage von französischer Seite vor.

Die amtlichen französischen Kreise verhalten sich nach Beendigung der Donaufkonferenz zunächst abwartend. Sie bedauern, daß die Durchführung der „uneigenmächtigen“ französischen Vorschläge durch den deutschen und italienischen Widerstand verzögert worden sei. Frankreich müsse darauf bestehen, daß das Hauptgewicht auf die sofortige finanzielle Hilfe für die Donaufstaaten zu legen ist. Ferner bestehe Frankreich darauf, daß die Großmächte unbedingt auf ihre Meistbegünstigungsrechte verzichten müßten, bevor die Durchführung der Zollpläne für die Donaufstaaten sicherzustellen sei.

In Italien nimmt man das Scheitern der Londoner Biermächtekonferenz verhältnismäßig ruhig auf, erklärt aber, daß die verneinende französische Haltung die Einigung verhindert habe. Der französische Plan sei undurchführbar. Demgegenüber bestöhe eine Übereinstimmung zwischen Italien, Deutschland und England, nachdem sich England, wenn auch erst zum Schluss, für die italienische Auffassung entschieden habe. Es habe sich ergeben, daß der von der französischen Presse laut verkündete französisch-englische Block nicht vorhanden sei.

**Staatssekretär v. Bülow fährt über Paris nach Genf**

Staatssekretär v. Bülow hat für seine gestern Abend erfolgte Abreise von London nach Genf zusammen mit dem englischen und dem italienischen Außenminister den Weg über Paris gewählt. Er wird einige Stunden in Paris bleiben und dort mit dem deutschen Botschafter v. Hoersch zusammentreffen. Der Leiter der deutschen Abordnung, Botschafter Radolny, ist am Freitag Abend wieder nach Genf abgereist. Wie die Telegraphenunion hört, wird sich der Kanzler Mitte nächster Woche ebenfalls nach Genf begeben, nachdem anfangs der Woche noch eine Reihe wichtiger Kabinettsbesprechungen stattgefunden haben wird.

### Reichskanzler Brüning über die Osthilfe

— U. Berlin, 9. April. Reichskanzler Dr. Brüning gewährte einem Vertreter der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ eine Unterredung, in der er u. a. ausführte: Unter der Präsidentschaft des gegenwärtigen Reichspräsidenten sind Millionen nach Ostpreußen geflossen. Wenn allein vom Reich in den letzten fünf Jahren 400 Millionen in bar für verschiedene wirtschaftliche Zwecke nach Ostpreußen gezahlt wurden, wenn 1930 und 1931 trotz des immer stärker zunehmenden Reichshaushalts in barem Geld 125 Millionen und in Form von Bürgschaften rund 100 Millionen der bedrohten Provinz zugute kamen, so verdient das Beachtung bei allen gerecht Denkenden. Natürlich haben bei all diesen Hilfsmaßnahmen ganz besonders auch nationalpolitische Erwägungen eine Rolle gespielt. Der wäre ein schlechter Deutscher, der nicht tiefes Verständnis hätte für die Männer und Frauen, die hier im Dienste der ganzen Nation Vorkposten stehen. Ich weiß, daß auch die Zuspitzung der Verhältnisse im nahen Memelland die Gemüter hier besonders bewegt. Ebenso wie der Kampf Danzigs gegen die immer wieder drohende Verletzung seiner Rechte hier innerlich in jeder Phase miterlebt wird. Aber nicht nur Ostpreußen, das ganze deutsche Volk verfolgt die Entwicklung bei den Stammesgenossen außerhalb der Reichsgrenze mit wachen Sinnen. Was von seiten der Reichsregierung im Interesse der großen deutschen Mehrheit des Memellandes getan werden kann, wird geschehen.

### Projekte zur Arbeitsbeschaffung

Der Reichskanzler wird am Sonntag früh von seiner Werbefahrt für Hindenburg nach Berlin zurückkehren, um unmittelbar nach der Wahl die dringlichsten Aufgaben mit dem Kabinett zu beraten. Es wird sich dabei hauptsächlich um wirtschafts- und finanzpolitische Fragen handeln, insbesondere um die verschiedenen Projekte der Arbeitsbeschaffung wie überhaupt um Vorschläge, die auf eine Belebung der Wirtschaft abzielen. Man erfährt, daß der Kanzler auf dem am 18. April stattfindenden Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes einiges über die Absichten der Regierung andeuten wird. Voraussetzlich schon am selben Tag wird Dr. Brüning Berlin erneut verlassen, um sich auf längere Zeit nach Genf zu begeben. Um die Zeit der Preußenwahlen, die ja auf die innerpolitischen Verhältnisse im Reich ihre Schatten werfen werden, dürfte er wieder in Berlin weilen.

### Vor dem zweiten Wahlgang

**Hochstuf der Wahlkundgebungen.**

— U. Berlin, 9. April. Der Freitag hat noch einmal eine Hochstuf von Kundgebungen zur Reichspräsidentenwahl gebracht. Außer dem Reichskanzler Brüning sprach für die Kandidatur Hindenburgs u. a. der preussische Innenminister Seevering in Breslau. Reichsminister Trevianus sprach in Kassel die Hoffnung aus, daß die Mehrheit für Hin-

## Tages-Spiegel

Die Londoner Biermächtekonferenz ist ohne Ergebnis abgeschlossen und auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Die Teilnehmer sind nach Genf abgereist.

Der Wahlkampf zum zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl hat gestern seinen Höhepunkt erreicht. Reichskanzler Brüning sprach in Stettin, Hitler in Münster und Düsseldorf.

Der Reichskanzler wird voraussichtlich am 13. April über die Projekte der Regierung zur Arbeitsbeschaffung sprechen und sich dann nach Genf begeben.

Polen hat neuerdings seine Zollkontrolle in den Küstengebieten und Häfen verschärft, um einen Druck auf den Freistaat Danzig auszuüben.

In Chile ist die Regierung zurückgetreten. Da Unruhen infolge des Regierungsbeschlusses, die Goldwährung aufzuheben, befürchtet werden, ist der Belagerungsstand über das ganze Land verhängt worden.

Das Reichsbankdirektorium hat beschlossen, den Diskontsatz mit Wirkung vom 9. April um 1/2 Prozent auf 5 1/2 v. H. zu setzen. Der Lombardsatz wird entsprechend um 1/2 v. H. auf 6 1/2 v. H. gesenkt. Der Privatskontsatz wurde auf 5 1/2 vom Hundert ermäßigt.

denburg am 10. April noch größer werde. Kapitän Ehrhardt setzte sich in Hannover besonders mit den Nationalsozialisten auseinander und betonte, daß nach seiner Ueberzeugung der weitaus größte Teil des deutschen Volkes in seinem tiefsten Inneren national sei. Für die Präsidentschaftskandidatur Adolf Hitlers sprach außer Hitler, der in Düsseldorf und Münster weilte, u. a. Gregor Strasser in Dortmund. Er bezeichnete das Arbeitsbeschaffungsprogramm als den Hauptpunkt des nationalsozialistischen Programms. Minister Magges betonte in Soest, daß die Nationalsozialisten den Befähigungsnachweis in Braunschweig erbracht hätten, auch im Reich an die Macht zu kommen. Adolf Hitler wird heute noch in Schwemmingen und Stuttgart sprechen.

In einem letzten Aufruf schreiben die Ver. Hindenburgauschüsse u. a.: Es geht um die höchsten Werte der Nation! Es ist an diesem Wahltag eine Gelegenheit wie nie geboten, dem Gedanken der Volksgemeinschaft gegenüber aller innenpolitischen Zwietracht endlich einmal zum Siege zu verhelfen. Wer sich der Dankeschuld gegenüber unserem besten Manne und wer sich der politischen Notwendigkeit der großen Stunde bewußt ist und wer dennoch aus Gleichgültigkeit oder falscher Sicherheit der Wahl fernbleibt, der handelt charakterlos und schadet dem deutschen Freiheitskampf.

### Badische Minister fordern Auflösung der SA-Abteilungen

— U. Karlsruhe, 9. April. In einer Hindenburgkundgebung in Bruchsal betonte Staatspräsident Dr. Schmidt, die badische Regierung verlange von dem Beamten Disziplin, und wer sich dagegen verwehre, gegen den werde disziplinarisch eingeschritten. Die SA-Truppen müßten und würden verschwinden. Die Reichsregierung müsse baldigt handeln. In einer Versammlung in Durlach setzte sich Finanzminister Matus mit der NSDAP auseinander und sagte, er begrüße die Aktion in Preußen und hoffe, daß sie mit der Auflösung der SA und SS endigen werde.

### Die SA- und SS-Formationen in Hessen

Die heftige Regierung verbreitet einen amtlichen Bericht, der sich gegen die SA-Abteilungen und SS-Formationen der NSDAP in Hessen richtet. Es wird darin als höchst bedenklich bezeichnet, daß die SA- und SS-Vertriebe bestrebt seien, sich um jeden Preis in den Besitz von Waffen zu setzen. Typisch dafür sei der Fall eines Waffenhändlers in einem Ort in Rheinhessen, der jahrelang Schusswaffen und Munition auf schwarzem Wege vertrieben habe und von dem sich herausgestellt habe, daß seine Hauptabnehmer restlos nationalsozialistische Führer waren, die diese Waffen an ihre Mannschaften weitergaben. Insgesamt seien 44 Waffen und 1294 Schuss Munition bei den unrechtmäßigen Besitzern sichergestellt worden.

Ebenso wie in Preußen und Bayern hat auch der heftige Innenminister für ganz Hessen Marmereitschaften politischer Vereinigungen vom 9. bis 11. April verboten. Die Polizeibehörden wurden angewiesen, die Anordnung aufs strengste durchzuführen.

## Saar-Rundgebung für Hindenburg

— Berlin, 8. April. Die deutsch-saarländische Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Zentrumspartei des Saargebietes richten an das deutsche Volk folgenden Aufruf: „Das Saargebiet kann zwar nicht selbst an der Reichspräsidentenwahl teilnehmen. Wir Saarländer sprechen vor der schicksalhaften Entscheidung des nächsten Sonntags unseren Brüdern und Schwestern im Reich die erste Mahnung aus: Seid einig! Wir sind berechtigt zu dieser Mahnung. Deutsches Schicksal ist unser Schicksal. In den großen nationalen Fragen waren wir an der Saar einig! Diese Einigkeit hatte das Saargebiet dem Deutschland gerettet. Deutsche Brüder, deutsche Schwestern, stellt das Wohl des Vaterlandes über das Parteinteresse. Seid einig in dem einen großen Mann, in Hindenburg.“

## Das bayerische Material gegen die NSDAP

Neue Veröffentlichungen der bayerischen amtlichen Pressestelle

München, 8. April. Die bayerische amtliche Pressestelle veröffentlicht neuerdings eine längere, mit vielen örtlichen Einzelheiten versehene Darstellung, in der gegenüber der nationalsozialistischen Ablehnung erklärt wird, das Material der amtlichen Pressestelle sei echt und die angeführten Tatsachen könnten nicht abgelehnt werden. Die Absicht eines blutigen Aufräumens der SA im Bürgerum und bei den Gegnern nach dem Siege Hitlers werde zwar abgelehnt, doch habe z. B. der Gausturmführer München-Oberbayern in einer SA-Sitzung erklärt, wenn die Nationalsozialisten die Macht übernommen hätten, dann hätte die SA zuerst 24 Stunden Freizeit; da müsse sich dann jeder SA-Mann den von ihm notierten Gegner vornehmen und erledigen. In diesem Zusammenhang bekommen die Versuche der Partei, in der Polizei und in der Armee einzudringen, ihr besonderes Gesicht. Bei diesen Bestrebungen handelte es sich um Versuche, die Beamtenschaft zu durchsetzen und sie der nationalsozialistischen Partei zu staatsfeindlichen Zwecken dienstbar zu machen. Daß solche Versuche auch vor der Reichswehr nicht halt machten, sei kein Geheimnis.

## Stabschef Röhm gegen Severings Anschuldigungen

Der nationalsozialistische Stabschef Röhm erklärt zu den Veröffentlichungen des preußischen Innenministers Severing, daß er es gewesen sei, der die Zusammenziehung der SA und SS in ihren Versammlungslokalen am 13. März angeordnet habe. Das sei schon bei früheren Wahlen der Fall gewesen und er werde es auch bei kommenden Wahlen tun. Er habe das Reichsinnenministerium vorher davon verständigt. Da die SA die Trägerin der Propaganda sei, so sei das eine Selbstverständlichkeit. Eine Ueberwachung oder Bespitzelung der Organe des Staates (Reichswehr, Polizei usw.) habe er grundsätzlich unterlag. Er könne es aber verstehen, wenn einzelne Untergliederungen sich gegen die Bespitzelung durch marxistische Polizeiorgane zur Wehr setzten. Er besitze zwei eidesstattliche Erklärungen, nach denen gefälschtes Material von Polizeidienststellen bezahlt und verwertet worden sei. Ueber die weiteren Behauptungen Severings (Befehl zur Vervollständigung der Bekleidung und Ausrüstung, eiserne Nationen, Verpflichtungsscheine, Bahnschutzwachen, Generalmobilmachungsplan für Südbaden) seien Erhebungen im Gange. Frgendwelche Anordnungen der obersten SA-Führung, die dazu Veranlassung gegeben haben könnten, seien nicht ergangen. Was den unerhörten Vorwurf des Landesverrats angehe, so hätten die bisherigen Erhebungen bereits die völlige Haltlosigkeit dieser Anschuldigungen ergeben. Er sehe daher dem Verfahren vor dem höchsten deutschen Gerichtshof mit völliger Ruhe entgegen.

## Politische Kurzmeldungen

In seiner Hamburger Wahlkundgebung äußerte Reichstanzler Brüning gegenüber der nationalsozialistischen Propaganda: Man wird auch einmal uns zwingen, mit Enthüllungen aufzuwarten, dann aber mit Enthüllungen, die belegt sind und dann wird man das „national“ der National-

sozialisten nur noch mit Gänsefüßchen schreiben können. — Der bayerische Ministerpräsident Dr. Feld erklärte im Landtag, das Vorgehen der Nationalsozialisten sei eine Methode und ein System, das bekämpft werden müßte, da sie die übrige Bevölkerung Bayerns unter einen unerhörten Terror setzten, wie man ihn noch nie erlebt habe. Ich habe dafür zu sorgen, daß unsere friedlichen und anständigen Leute sich anständig im politischen Leben betätigen können und daß die Beamten unter allen Umständen aus dem Druck herauskommen, unter den man sie stellen will. — Hugenberg wandte sich in einer Wahlrede in Frankfurt gegen die Sozialisierung der deutschen Banken und forderte eine Neuordnung der Wirtschaft. Der Fehlbetrag der Reichsbahn werde ebenso wie der des Reiches in 1932 eine Milliarde übersteigen. — Der Oberreichsanwalt hat das Verfahren gegen den Freiherrn von Reichenau eingestellt; das seinerzeit bei der badischen Polizeiaktion auf Schloß Rotenberg bei Wiesloch beschlagnahmte Material wurde restlos zurückgegeben. — In Mecklenburg-Strelitz wurde eine Regierungskoalition zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten gebildet. — In französischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Viermächtekonferenz tot ist. Man glaubt nicht, daß die Konferenz jemals wieder einberufen wird, da sich bisher nicht die geringste Aussicht auf eine Annäherung der sich einander gegenüberstehenden Ansichten zeigt und von einer gemeinsamen Grundlage für eine Einigung nicht die Rede ist. — In der französischen Presse sucht man Deutschland und Italien die Verantwortung für die Ergebnislosigkeit der Londoner Konferenz aufzubürden. — In Ungarn verbot das Innenministerium das sozialdemokratische Zentralorgan „Nepszo“. Die Antwort war ein zweitägiger Buchdruckerstreik in Budapest. Die Industriearbeiter wurden von den Arbeitgebern ausgesperrt, weil sie eine Sympathiekundgebung vorbereiteten. Darauf kam es zu Straßenkrawallen und Demonstrationen. In Debreczin erschossen Landjäger einen Demonstranten.

## Kleine politische Nachrichten

17 317 Kleinfelderstellen in Deutschland. Nach Mitteilung des Reichskommissars für die vorstädtische Kleinfelderstellung sind bisher in Deutschland insgesamt 17 317 Kleinfelderstellen bewilligt worden bzw. in Ausführung begriffen.

Bevorstehende Ermäßigung der Vermögenssteuer. Die Reichsregierung war durch die vierte Notverordnung vom 18. Dezember 1931 bekanntlich ermächtigt worden, die Vermögenssteuer dem veränderten Steuerwert der Vermögensgegenstände anzupassen. Es bestätigt sich, daß das Reichsfinanzministerium nunmehr beabsichtigt, demnächst eine entsprechende Senkung der Vermögenssteuer durchzuführen. Ein genauer Zeitpunkt hierfür kann im Augenblick allerdings noch nicht angegeben werden.

Die Volksrechtspartei für Hindenburg. Im Anschluß an den Empfang ihrer Vertreter durch den Reichspräsidenten veröffentlicht die Volksrechtspartei eine längere Erklärung, in der es zum Schluß heißt, daß der Empfang für die deutschen Sparer und Rentner eine neue Lage geschaffen habe, so daß die Volksrechtspartei nunmehr ihren Anhängern empfehlen könne, am 10. April für Hindenburg zu stimmen.

Berkschärfung der polnischen Zollkontrolle gegenüber Danzig. Die polnische militärische Grenzschutzwache, die auch ein Zollüberwachungsdiens obliegt, wurde gemäß einer besonderen Verordnung der Regierung von jetzt ab auch auf das polnische Küstengebiet erweitert. Diesem Grenzschutz wird auch die Kontrolle der Fahrzeuge in den polnischen Häfen und längs der Küste obliegen.

Die Marinementerei in Ecuador. An der Marinementerei in Ecuador beteiligte sich die gesamte Flotte, die aus zwei Kanonenbooten besteht. Die Mentorer wollten die Rückkehr des verbannten Generals Plaza, der zweimal Präsident von Ecuador war, verhindern. General Plaza konnte aber ungehindert landen, worauf die Mentorer mit den beiden Kanonenbooten den Hafen verließen und bisher nicht zurückkehrten.

Vor einer Revolution in Chile? Die Krise in Chile, die wegen der Unstimmigkeiten über das neue Währungsgeß ausgebrochen ist, nimmt einen raschen Fortgang. Der Präsident hat in einer Verordnung die Verhängung des Standrechts erklärt. Die Spannung in Santiago ist ungeheuer, da überall von einer bevorstehenden Revolution gesprochen wird.

## Handelspolitische Uebersicht

Für 50 Millionen neue Auftragsaufträge im März.

Im März hat die Berliner Handelsvertretung der UdS-S an deutsche Firmen Bestellungen im Gesamtbetrag von 48,5 Mill. RM. erteilt, darunter: Maschinen für Bergbau und Hüttenwesen 12, Werkzeugmaschinen 11,3, Transportmaschinen 8,5, elektrotechnische Erzeugnisse 9,8, Buntmetalle und hochwertige Stähle 2,3, Schiffe 2,3, Maschinen und Apparate für die chemische Industrie 1,1, diverse Maschinen 5,8 Mill. RM. Außerdem sind die Verhandlungen mit der deutschen metallurgischen Industrie über die Lieferung von Walzisen im Umfange von 100 000 Tonnen abgeschlossen. Weitere 400 000 Tonnen Bestellungen auf Walzisen sind für den April in Aussicht gestellt.

Die tschechoslowakische Maschinenindustrie fordert das Verbot der Einfuhr solcher Maschinen des Auslandes, die auch in der Tschechoslowakei erzeugt werden. Die Aktion ist hauptsächlich gegen die deutsche Maschineneinfuhr gerichtet.

Die im Februar vom Schweizer Bundesrat im Rahmen der Einfuhrerschwerungen festgesetzten hohen Gebühren für Einfuhrbewilligungen sind ermäßigt worden. Die Ermäßigungen betragen bis zu 75 Prozent der früheren Sätze.

## Aus aller Welt

Neuer Scheringer-Prozess.

In Leipzig begann die Verhandlung gegen den früheren Reichswehrleutnant Richard Scheringer vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts. Die Anklage lautet auf versuchten Hochverrat, begangen in Gollnow und auf Zugehörigkeit zu einer staatsfeindlichen Verbindung, deren Bestrebung der gewaltsame Umsturz ist. In der Verhandlung wurden zunächst die Gründe für Scheringers Uebertritt von der NSDAP zur SPD. unterjucht. Der Angeklagte begab sich vor seinem Entschluß nach München, erhielt aber dort von Hitler ihn nicht befriedigende Auskünfte über die Parteiziele. Scheringer sagte in der Verhandlung über die NSDAP, diese sei keine nationalsozialistische Partei, sondern der Ausdruck revolutionärer geworbener Mittelschichten, die nicht vorwärts auf eine neue Gesellschaftsordnung hinwollten. Nur von Moskau sei deshalb Befreiung zu erwarten. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er den Bürgerkrieg wolle, antwortete Scheringer nein, aber der Bürgerkrieg sei unvermeidlich.

Für 6 Millionen Mark Raubgilde beschlagnahmt

Amerikanische Zollbeamte beschlagnahmten in New York an Bord des französischen Passagierdampfers „Isle de France“ 24 000 Unzen (rund 700 kg.) Kokain, Morphin, Heroin und Kocain, die als Spielsachen deklariert waren und einen Wert von 1 440 000 Dollar haben. Im Zusammenhang hiermit wurde ein Mann verhaftet, als er im Begriff war, den Zug nach Montreal zu besteigen.

Behördliche Nachforschungen haben zur Aufdeckung von drei Schwarzbrennereien im Bezirk Bühl (Baden) geführt. Ein großer Teil der unter Umgehung des Monopolgesetzes hergestellten Branntweine wurde nach Norddeutschland, anscheinend namentlich ins Rheinland, verschoben. Bis jetzt sind 11 Personen festgenommen worden. Die Untersuchung ist noch im Gange. — In München brannte die in der Innenstadt gelegene Schrammenhalle nebst Fleischbank sowie der Dachstuhl eines Nachbarhauses nieder. 54 Personen, darunter 36 Feuerwehrleute, erlitten bei dem Großbrand Verletzungen. — Paris hat einen neuen Bankkrach. Die Bank Robert ist geschlossen worden, da die Passiven die Aktiven um über 20 Millionen Franken überstiegen. Der Inhaber der Bank, der 54jährige Bankier André Robert, wurde verhaftet. — In Sète (Frankreich) hat ein Geisteskranker im Verfolgungswahn vier Leute auf der Straße getötet, einen fünften verletzt und sich dann in seinem Hause verschanzte. Die Polizei umstellte seine Wohnung und schoß ihn schließlich nieder, nachdem alle Aufforderungen, er möge sich ergeben, nutzlos waren. — Auf dem Berliner Messengelände soll nach Plänen des Ingenieurs Sonne ein 400 Meter hoher Versuchsturm mit fünf Windrädern zur Gewinnung elektrischen Stroms durch Wind erstellt werden. Das Reichsverkehrsministerium steht dem Unternehmen wohlwollend gegenüber.

## Vollspräsident oder Parteipräsident?

So lautet die Entscheidung des zweiten Wahlgangs.

Seit dem Scheitern des Eisernen Kanzlers hat es nur einen Mann wieder in Deutschland gegeben, der den Ehrentitel „Vater des Vaterlandes“ wahrhaft verdient hat. Nur einer von all den Staatsmännern der letzten 18 Jahre hat das deutsche Volk sowohl im Kriege wie auch im Frieden in schweigender Pflichterfüllung aus Not und Verzweiflung zum Siege geführt:

### Hindenburg

Kein anderes Volk der Erde hat einen Mann von seiner Charakterstärke, seiner Größe, seinem Pflichtgefühl, seiner Demut. In keinem Lande der Erde ist ein einzelner Mann so zum Symbol der Treue, der Aufopferung für sein Vaterland geworden wie er. Und kein Land der Erde hat eine Führerpersönlichkeit von seinem Format! Deutschland macht sich des schweren Verbrechens grundloser Un dankbarkeit schuldig, wenn es nicht in allen seinen Stämmen und Schichten freudig erkennt, was ein gütiges Geschick ihm gab in diesem Manne:

### Hindenburg

In ihm wurde uns der Führer gegeben, der die Gewähr dafür bietet, daß er sein Volk führt, ohne sein Ohr Beeinflussungsversuchen zu öffnen. In ihm wurde uns das leuchtende Vorbild gegeben, das heute nötiger ist denn je. In ihm hat Deutschland einen Menschen, der sich fast als Einziger der einmütigen Achtung und Verehrung einer ganzen Welt erfreuen darf. Er ist im Letzten und Tiefsten der „Vater des Vaterlandes“, der erprobte und bewährte Führer, dem zu folgen unser aller Ehrenpflicht sein sollte!

Um Hindenburg, den Vater unseres deutschen Vaterlandes, scharen wir uns auch heute wieder. Nicht um ihm zu danken für seine Treue und Aufopferung, sondern weil wir erkennen, daß nur einer unser Führer sein, daß nur einer uns den Weg zeigen kann aus der Not dieser Tage:

## Hindenburg

**Kaufe nur noch die billigen, gesunden Tischnummern von Tischnummern!**

**Amtl. Bekanntmachungen**

**Bekanntmachung.**

Die Ortsfürsorgebehörden werden auf die Bekanntmachung im Staatsanzeiger Nr. 80 vom 7. April 1932 der Württ. Landesfürsorgebehörde in Stuttgart betr. freiwillige Leistungen des Landesfürsorgeverbands hingewiesen.  
Calw, den 8. April 1932.

Oberamt: Rippmann.

**Amtsgericht Calw.**

Im Genossenschaftsregister wurde am 8. April 1932 eingetragen: Statut vom 31. März 1932. Molkereigenossenschaft **Stammheim D. A. Calw**, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Stammheim. Zweck der Genossenschaft ist die Verwertung der von den Mitgliedern angelieferten Milch auf gemeinschaftliche Rechnung und Gefahr.

**Gewerbeschule Calw mit Handelsabteilung.**

**Anmeldung**

**neu eintretender Schüler:**

Donnerstag, 14. April, morgens 7 Uhr, Saal 1 der Gewerbeschule.

Neu eingetretene gewerbliche u. kaufmännische Lehrlinge, auch die neu eingestellten ungelerten Arbeiter haben die Schule sofort, nicht erst nach Ablauf einer Probezeit, zu besuchen. Entlassschülern, die noch in keinem Lehrverhältnis stehen, ist der sofortige Schulbesuch dringend anzuraten.

Für die seitherigen Schüler wird der alte Stundenplan vorerst beibehalten. Nur Kl. III c hat jeweils am Montag, morgens 7 Uhr, im Saal 2 zu erscheinen.

Fortbildungskurse wie seither nach Bedürfnis in Kurzschritt, Maschinenschreiben, Elektrotechnik u. Berufsmathematik.

Anfragen u. Anmeldungen an die Direktion der Schule. Calw, 9. April 1932. Direktor **Albinger**

**Allgemeine Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw.**

**An- und Abmeldung zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung.**

Die Herren Arbeitgeber werden erneut darauf hingewiesen, daß die

**Meldungen binnen drei Tagen**

nach Beginn und Ende der Beschäftigung bei der Kasse bzw. bei den örtlichen Geschäftsstellen (Bürgermeisterämter) zu erstatten sind.

In der Anmeldung ist anzugeben:

der Vor- und Zuname, Tag und Ort der Geburt sowie die Art der Beschäftigung des Anzumeldenden, der Zeitpunkt des Eintritts in die Beschäftigung, seine derzeitige Wohnung, ferner sein tägliches, wöchentliches oder monatliches Entgelt, sowie ob er verheiratet ist und bei welcher Kasse und während welcher Zeit er zuletzt anderweitig gegen Krankheit versichert gewesen ist.

In der Abmeldung ist anzugeben:

der Vor- und Zunahme des Abzumeldenden, sein Geburtstag und der Tag des Austritts aus der Beschäftigung.

Veränderungen des Beschäftigungsverhältnisses, welche die Versicherungsspflicht berühren, und in den Verhältnissen, die für die Berechnung der Beiträge erheblich sind, sind binnen drei Tagen (der Meldefrist) anzugeben.

Zu widerhandlungen werden vom Versicherungsamt (Oberamt) bestraft.

Calw, den 7. April 1932.

Für den Kassenvorstand:

Vorsitzender: **May**. Verwaltungsdirektor: **Prof.**

**Mahnung zur Zahlung der Kirchensteuer 1931.**

Die säumigen Steuerpflichtigen werden zur Zahlung längstens binnen dieses Monats aufgefordert.

**Kath. Kirchenpflege Calw.**

**Ergänzung**

**zum Hindenburgaufruf**

des Calwer Tagblatt vom 7. April 1932.

Wißt Ihr eigentlich noch, daß 1929 von vielen Aufrufsunterzeichnern der Youngplan als die Vorbedingung eines Wirtschaftsaufstiegs genau so warm und als einziger Ausweg empfohlen wurde wie heute Hindenburg als Garant für Ruhe und Ordnung?

Viele von dieser Youngplanfront kennen die Not nur vom Hörensagen und haben für Euch nur schöne Worte!

Gebt diesen Herren die einzig richtige Antwort und wählt den Führer der deutschen Freiheitsbewegung

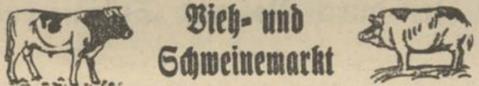
**Adolf Hitler**  
NSDAP. Ortsgruppe Calw.



Gibt es noch Zweifel, wer am 10. April zu wählen ist?

**Stadtgemeinde Calw.**

Zu dem am nächsten **Mittwoch, den 13. April 1932** stattfindenden



Die üblichen gesundheitspolizeilichen Bedingungen sind einzuhalten. Die Schweinehändler haben bis zur Vornahme der tierärztlichen Untersuchung der Schweine bei ihren Rößen und Kästen zu bleiben, welche zuvor nicht geöffnet werden dürfen.

Calw, den 6. April 1932.

Bürgermeisteramt: **Göhner**.

**Calw.**

**Bergebung von Bauarbeiten**

Zu einem Anbau an Geb. Nr. 23 der Eduard-Conz-Strasse, Besizer **Herrn Michael Braun**, Rentner, sind die

**Grab-, Betonier-, Maurer- und Steinhauer-, Zimmer-, Flächner-, Gipser-, Schreiner-, Glaser- u. Schlosserarbeiten** im Submissionsweg zu vergeben.

Pläne und Kostenvoranschlag usw. sind beim Unterzeichneten zur Einsicht aufgelegt, und wollen Angebote mit **berechneter Endsumme**, bis Mittwoch, den 13. ds. Mts., vormittags 12 Uhr daselbst abgegeben werden.

Zuschlagsfrist 8 Tage.

Calw, den 6. April 1932.

**Rohler, Architekt**

**Am Mittwoch, den 6. ds. Mts.**

waren hier eine Menge Plakate angeklebt mit der Aufschrift: „Wählt Hindenburg, dann bleibt uns Brüning erhalten und wir haben Brot.“ Verband Deutscher Gerichtsvollzieher. Links des Plakats der Reichsadler mit der Umschrift: Deutschland hat 117 000 Gerichtsvollzieher.

Daß dieser Anschlag nicht vom Verband Deutscher Gerichtsvollzieher ausging, wird niemand bezweifeln.

Anfang Januar ds. Js. war in verschiedenen Zeitungen die Zahl der deutschen Gerichtsvollzieher auf 110 000 angegeben; jetzt ist solche schon auf 117 000 gestiegen. In Wahrheit sind aber in Deutschland nur ca. 5 000 Gerichtsvollzieher tätig.

Anfertiger und Verbreiter solcher Plakate wäre bessere Wahrhaftigkeit zu empfehlen.

G. S.

**20jähriges Mädchen,**

das schon gedient hat, sucht für sofort

**Stelle**

in Privathaus. Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**An die urteilsfähige Landbevölkerung!**

Et. Calwer Tagblatt vom 7. April soll es noch keine Regierung gegeben haben, die für die Landwirtschaft so viel getan habe wie die derzeitige.

**Sowohl das stimmt!**

Oder waren Eure Hüfe seit Menschengedenken so verschuldet und belastet wie heute? Oder waren Eure Erzeugnisse je so entwertet worden wie unter der Notverordnungsregierung Hindenburg-Brüning?

**Bauern vom Oberamt Calw! Laßt Euch nichts mehr vormachen! Urteilt morgen genau so wie am 13. März!**

**Wählt geschlossen**

**Adolf Hitler!**

NSDAP.

Ortsgruppe Calw

Eugen Bertsch

Emilie Bertsch

geb. Martini

Vermählte

Calw, 9. April 1932

**Lichtspiele Bad. Hof Calw**

Morgen Sonntag mittags 3 1/2 Uhr, abends 8 Uhr

**„Die Warschauer Zitadelle“**

(9 Akte). — Nach dem gleichnamigen Schauspiel von **Gabriele Japolska**

Mit Beiprogramm

Zu unserer heute Samstag und morgen Sonntag stattfindenden

**Nachhochzeit**

erlauben wir uns, Freunde und Bekannte freundlichst einzuladen.

**Alex Baur und Frau**

Gleichzeitig halte ich

**Mekelsuppe**

und lade hierzu höflichst ein

**A. Baur, Küchenchef**

**Hotel u. Café Schlag, Bad Liebenzell**

SONNTAG ab 3 Uhr **KONZERT**

ab 1/2 8 Uhr **TANZ**

mit neuer verstärkter Stimmungskapelle

**Atelier für Fußpflege**

Entfernung von Hühneraugen, Hornhaut und eingewachsenen Nägeln. Behandlung in u. außer dem Hause. **Marta Benjamin**, Westl. 12, Tel. 1609, Pforzheim.

# Aufruf!

Mehr als 18 Millionen deutscher Männer und Frauen haben am 13. März im ersten Wahlgang dem

## Reichspräsidenten Generalfeldmarschall v. Hindenburg

ihre Stimme gegeben. Es fehlte nur wenig, so war die absolute Mehrheit von allen abgegebenen Stimmen erreicht.

Der Erfolg beim zweiten Wahlgang scheint damit gesichert, auch wenn die vermehrten Anstrengungen unterlegener Parteien den letzteren noch Zulauf bringen sollten. Aber es gilt, im zweiten Wahlgang mehr zu erreichen als nur den einfachen Sieg. Der Generalfeldmarschall soll aus der Masse der am 10. April für ihn abzugebenden Stimmen erfahren, wie überwältigend groß die Zahl der deutschen Männer und Frauen ist, die ihm unentwegt und rückhaltlos ihr Vertrauen schenken, die ihn und keinen andern an der Spitze des deutschen Volkes sehen wollen.

Nicht nur alle diejenigen, die am 13. März dem Generalfeldmarschall ihre Stimme gegeben haben, müssen ihn wieder wählen; es müssen auch alle diejenigen sich anschließen, welchen der Erfolg des ersten Wahlgangs gezeigt hat, daß die Reichspräsidentenwahl keine Parteisache ist, daß es nicht richtig und nicht möglich ist, mittelst der Reichspräsidentenwahl eine Partei zur Herrschaft zu bringen, oder mit dieser Wahl Parteiziele erreichen oder taktische Parteimanöver ausführen zu wollen.

In der Reichspräsidentenwahl ist ein Mann zu wählen, der das Vertrauen des ganzen Volkes genießt, der das Volk eint und die Parteien zusammenführt, der den Charakter und die Erfahrung, das Wissen und Können, das Ansehen und die Würde besitzt, die unerlässlich sind für denjenigen, der ein großes Volk in schwerer Zeit durch Not und Stürme ruhig, sicher und zielbewußt vorwärts führen soll. Dieser Mann ist

## Generalfeldmarschall von Hindenburg

Am 24. April werden in Preußen, Bayern, Württemberg und Anhalt die Volksvertreter für die Landtage dieser Länder gewählt. Das sind Parteiwahlen. Da wähle jeder die Männer aus den Parteien, mit denen nach seiner Meinung der Reichspräsident arbeiten und regieren soll und kann. Am 10. April aber, bei der Reichspräsidentenwahl, gebt alle Eure Stimme dem

## Generalfeldmarschall von Hindenburg

Wer am 10. April nicht mitwählt, der fehlt bei einer entscheidenden Rundgebung des ganzen deutschen Volkes für seinen nationalen Helden!

### Aus der Stadt Calw:

Friedrich Aldinger, Gewerbeschuldirektor; Adolf Ammon, Reichsbahnrat; Dr. med. Oskar Antenrieth; Jakob Baenschle, Oberpräzeptor a. D.; Friedrich Burger, Zugführer; Robert Dinkelader, Webereitechniker; Wilhelm Dingler, M. d. R. und M. d. L.; Eberhard Epple, Hauptlehrer; Frau Emma Epple; Heinrich Essig sen., Flaschnermeister; Otto Göhner, Bürgermeister; Frau Sophie Göhner; Frau Frieda Hartmann; Adolf Hilligardt, Verwaltungsamtman; Fritz Köhler, Fabrikant; Dr. med. Gerhard Lang, Medizinalrat; Fidelis Leptus, Stadtpfarrer; Philipp Mast, Stadtrat; Dr. med. Eberhard Metzger; Hermann Niehammer, Generalleutnant a. D.; Georg Pfetsch, Land-

wirtschaftslehrer; Karl Proß, Verwaltungsdirektor; Friedrich Rauser, Oberamtspfleger; Ernst Rheinwald, Rechtsanwalt; Friedrich Rippmann, Landrat; Emil Roller, Ingenieur; Heinrich Rühle, Kaufmann; Alfred Schiler, Studienrat; Karl Schmid, Fabrikdirektor; Hermann Schmid, Fabrikant; Hermann Schürle, Bädermeister; Frau Luise Seeger; Carl Spambalg, Buchhändler; Samuel Stendel, Professor a. D.; Karl Stüber, Kaufmann; Georg Unger, Oberamtspartassendirektor; Hermann Wagner, Fabrikant; Karl Weiß, Landwirt; Frau Eugenie Wieland; Carl Wörner, Färbermeister; Julius Zapp, Oberpinnmeister.

### Aus dem Bezirk Calw:

Markus Alferh, Hauptlehrer a. D., Unterreichenbach; Karl Ahasse, Schultheiß a. D., Neuhengstett; Rudolf Bader, Oberlehrer, Hirsau; Wilhelm Bender, Fabrikant, Neubulach; Frau Geheimrat Auguste Boehm, Bad Liebenzell; Friedrich Braun, Bürgermeister, Dedenpfromm; Georg Braun, Bürgermeister, Liebelsberg; Wilhelm Defer, Oberes Badhotel Bad Liebenzell; Wilhelm Fischer, Landwirt, Ostelsheim; Christian Gädtele, Gemeinderat, Möttingen; Chamille Gangler, Kaufmann, Station Teinach; Ludwig Gehring, Gemeindepfleger, Gchingen; Adolf Gehring, Hauptlehrer, Monakam; Johannes Graze, Bürgermeister, Möttingen; Paul Hahn, Gemeinderat, Dachtel; Theodor Haug, Oberlehrer, Unterhaugstett; Karl Heubach, Obermeister, Kentheim; Friedrich Kalmbach, Gemeindepfleger, Hornberg; Friedrich Keppeler, Bürgermeister, Unterhaugstett; Eduard Kömpf, Oberlehrer, Stammheim; Friedrich Kopp, Gemeinderat, Möttingen; Jakob Lehrer, Bürgermeister, Dachtel; Michael Lörcher, Bürgermeister, Nischelberg; Johannes Lörcher, Bürgermeister, Oberkollwangen; Christian Gottlob Luz, Kirchenpfleger, Dedenpfromm; Hugo Mäulen, Bürgermeister, Bad Liebenzell; Fritz Müller, Verwaltungsaktuar, Neubulach; Gottlob Friedrich Paulus, Landwirt, Deden-

pfromm; Wilhelm Pfommer, zum „Anter“, Kentheim; Michael Reitschler, Bürgermeister, Schmich; Friedrich Reitschler, Altshultheiß, Möttingen; Georg Roller, Landwirt, Stammheim; Friedrich Roller alt, Kirchenpfleger, Holzbronn; Wilhelm Sautter, Ostelsheim; Georg Schaible, Bürgermeister, Martinsmoos; Fritz Schmidt, Verbandsdirektor, Station Teinach; Christian Schneider, Oberlehrer, Sonnenhardt; Gustav Schöffler, Landwirt, Ostelsheim; Gustav Schröfel, Kaufmann, Javelstein; Karl Schüle, Pfarrer, Bad Teinach; Paul Schwarz, Landwirt, Gchingen; Martin Seeger, Waldmeister, Neubulach; Georg Stahl, Oberlehrer a. D., Neubulach; Jakob Stanger, Gemeindepfleger, Unterhaugstett; Jakob Steimle, Liebelsberg; Christian Stockburger, Postmeister, Bad Teinach; Jakob Süßer, Steinbauer, Dachtel; C. Volle, Bürgermeister, Monakam; Adolf Volz, Privatmann, Neubulach; Karl Wacker, Obermaschinenmeister, Meistern; Heinrich Walter, Oberlehrer i. R., Ostelsheim; Otto Weiß, Photograph, Gchingen; Ludwig Weiß, Landwirt, Gchingen; Paul Widmaier, Oberrechnungsrat, Hirsau; Carl Wiesmeyer, Hauptlehrer, Simmozheim; Friedrich Wurster, Bürgermeister, Nischalben; Heinrich Wurster, Privatmann, Unterreichenbach.

Der vorstehende Aufruf ist völlig unabhängig, von keiner Partei veranlaßt und an keinen übergeordneten Wahlausschuß gebunden. Er hat nichts zu tun mit anderen Aufforderungen für die Wahl und rückt mit entschiedenem Widerspruch von Stimmenwerbungen ab, welche parteikampftätig aufgezogen anders Denkende, Parteien oder Meinungen in Wort und Bild verunglimpfen oder verhöhnen.